Stenographisches Protokoll

64. Sitzung der XVI. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 9. November 1995

Protokollauszug

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Landesverfassungsgesetzentwurf (Beilage 717), mit dem die Burgenländische Gemeindeordnung geändert wird (Gemeindeordnungsnovelle 1995) (Zahl 16 – 466) (Beilage 752)

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Landesverfassungsgesetzentwurf (Beilage 715), mit dem das Eisenstädter Stadtrecht geändert wird (Eisenstädter Stadtrechtsnovelle 1995) (Zahl 16 – 464) (Beilage 750)

7. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Landesverfassungsgesetzentwurf (Beilage 716), mit dem das Ruster Stadtrecht geändert wird (Ruster Stadtrechtsnovelle 1995) (Zahl 16 – 465) (Beilage 751)

8. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 718), mit dem die Gemeindevahlordnung 1992 geändert wird (Gemeindevahlordnungsnovelle 1995) (Zahl 16 – 467) (Beilage 753)

Zweiter Präsident **Sipötz**: Der 5. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Landesverfassungsgesetzentwurf, Beilage 717, mit dem die Burgenländische Gemeindeordnung geändert wird (Gemeindeordnungsnovelle 1995), Zahl 16 – 466, Beilage 752.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Gradwohl.

Bitte Herr Berichtersteller.

Berichtersteller **Mag. Gradwohl**: Hohes Haus! Der Rechtsausschuß hat sich mit der vom Präsidenten genannten Novellierung der Gemeindeordnung in seiner 49. Sitzung am Montag, dem 30. Oktober 1995, und in seiner 50. Sitzung am Dienstag, dem 7. November 1995, beschäftigt und darüber beraten.

Inhaltlich geht es darum, daß Angehörige von EU-Staaten, die in der jeweiligen Gemeinde ihren Wohnsitz haben, aktives und passives Wahlrecht bei der Gemeinderatswahl erhalten sollen.

Namens des Rechtsausschusses stelle ich daher den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem die Burgenländische Gemeindeordnung geändert wird (Gemeindeordnungsnovelle 1995), mit folgenden Änderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen:

1. Im § 12 (Artikel I, Z 1) wird im zweiten Satz vor dem Wort „Mitgliedsstaates“ das Wort „anderen“ eingefügt.
2. Im § 15 Abs. 2 erster Satz (Artikel I, Z 2) wird vor dem Wort „Mitgliedsstaates“ das Wort „anderen“ eingefügt.

Präsident

Aufgrund der im Gesetzestext beantragten Änderungen sind nachstehende Anpassungen im Vorblatt und in den Erläuterungen vorzunehmen:

1. Im Vorblatt wird unter Ziel, Punkt 1., in der zweiten Zeile vor dem Wort „Mitgliedsstaates“ das Wort „anderen“ eingefügt.
2. In den Erläuterungen wird auf Seite 1 im ersten Satz des vierten Absatzes vor dem Wort „Mitgliedsstaates“ das Wort „anderen“ eingefügt.

Zweiter Präsident **Sipötz**: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Ich ersuche nunmehr den Herrn Berichterstatter Thomas um seinen Bericht zum 6. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Landesverfassungsgesetzentwurf, Beilage 715, mit dem das Eisenstädter Stadtrecht geändert wird (Eisenstädter Stadtrechtsnovelle 1995), Zahl 16 – 464, Beilage 750.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter **Thomas**: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Rechtsausschuß hat den Landesverfassungsgesetzentwurf, mit dem das Eisenstädter Stadtrecht geändert wird (Eisenstädter Stadtrechtsnovelle 1995), in seiner 49. Sitzung am Montag, dem 30. Oktober 1995, und in seiner 50. Sitzung am Dienstag, dem 7. November 1995, beraten.

Namens des Rechtsausschusses stelle ich daher den Antrag, der Landtag wolle dem vorliegenden Gesetzentwurf mit folgenden Änderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen:

1. Im § 4 (Artikel I, Z 1) wird im zweiten Satz vor dem Wort „Mitgliedsstaates“ das Wort „anderen“ eingefügt.
2. Im § 7 Abs. 1 erster Satz (Artikel I, Z 2) wird vor dem Wort „Mitgliedsstaates“ das Wort „anderen“ eingefügt.

Aufgrund der im Gesetzestext beantragten Änderungen sind nachstehende Anpassungen im Vorblatt und in den Erläuterungen vorzunehmen:

1. Im Vorblatt wird unter Ziel, Punkt 1., in der zweiten Zeile vor dem Wort „Mitgliedsstaates“ das Wort „anderen“ eingefügt.
2. In den Erläuterungen wird auf Seite 1 im ersten Satz des vierten Absatzes vor dem Wort „Mitgliedsstaates“ das Wort „anderen“ eingefügt.

Zweiter Präsident **Sipötz**: Danke Herr Abgeordneter. Berichterstatter zum 7. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Landesverfassungsgesetzentwurf, Beilage 716, mit dem das Ruster Stadtrecht geändert wird (Ruster Stadtrechtsnovelle 1995), Zahl 16 – 465, Beilage 751, ist gleichfalls Herr Landtagsabgeordneter Thomas.

Bitte Herr Berichterstatter.

Berichterstatter **Thomas**: Der Rechtsausschuß hat den Landesverfassungsgesetzentwurf, mit dem das Ruster Stadtrecht geändert wird (Ruster Stadtrechtsnovelle 1995), in seiner 49. Sitzung am Montag, dem 30. Oktober 1995, und in seiner 50. Sitzung am Dienstag, dem 7. November 1995, beraten.

Namens des Rechtsausschusses stelle ich somit den Antrag, der Landtag wolle dem Landesverfassungsgesetzentwurf, mit dem das Ruster Stadtrecht geändert wird (Ruster Stadtrechtsnovelle 1995), mit den folgenden Änderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen:

1. Im § 4 (Artikel I, Z 1) wird im zweiten Satz vor dem Wort „Mitgliedsstaates“ das Wort „anderen“ eingefügt.
2. Im § 7 Abs. 1 erster Satz (Artikel I, Z 2) wird vor dem Wort „Mitgliedsstaates“ das Wort „anderen“ eingefügt.

Aufgrund der im Gesetzestext beantragten Änderungen sind nachstehende Anpassungen im Vorblatt und in den Erläuterungen vorzunehmen:

1. Im Vorblatt wird unter Ziel, Punkt 1., in der zweiten Zeile vor dem Wort „Mitgliedsstaates“ das Wort „anderen“ eingefügt.
2. In den Erläuterungen wird auf Seite 1 im ersten Satz des vierten Absatzes vor dem Wort „Mitgliedsstaates“ das Wort „anderen“ eingefügt.

Zweiter Präsident **Sipötz**: Danke Herr Berichterstatter. Der 8. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 718, mit dem die Gemeindevahlordnung 1992 geändert wird (Gemeindevahlordnungsnovelle 1995), Zahl 16 – 467, Beilage 753.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Gradwohl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Berichterstatter **Mag. Gradwohl**: Der Rechtsausschuß hat den Gesetzentwurf, mit dem die Gemeindevahlordnung 1992 geändert wird (Gemeindevahlordnungsnovelle 1995), in seiner 49. Sitzung am Montag, dem 30. Oktober 1995, und in seiner 50. Sitzung am Dienstag, dem 7. November 1995, beraten. Dabei wurde mehrheitlich beschlossen, dem Landtag Änderungsanträge zur Beschlußfassung vorzulegen.

Im einzelnen betreffen diese Änderungsanträge – sie sind dem schriftlichen Bericht angeschlossen und ich lese sie jetzt nicht alle wortwörtlich vor, denn sie sind jedem einzelnen Abgeordneten zugegangen – die Z 2 (§ 16 Abs. 1 und 3), die Z 3 (§ 17 Abs. 2), die Z 4 (§ 19 Abs. 2) und die Z 6 (§ 20 Abs. 2). Außerdem soll eine neue Z 8 nach der Z 7 eingefügt werden, und die bisherigen Z 8 bis 12 sollen die Bezeichnungen „9“ bis „13“ erhalten. Ebenso soll der Artikel II geändert werden.

Außerdem sollen die Erläuterungen den im Gesetzestext beantragten Änderungen angepaßt werden.

Namens des Rechtsausschusses stelle ich somit den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf, mit dem die Gemeindevahlordnung 1992 geändert wird (Gemeindevahlordnungsnovelle 1995), mit den von mir beantragten Änderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident **Sipötz**: Wir gehen in die gemeinsame Debatte über die vier Tagesordnungspunkte ein, wo-

Loos

bei General- und Spezialdebatte unter einem durchgeführt werden.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Landtagsabgeordneten Loos das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Loos** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Wir haben heute schon sehr wichtige zukunftsweisende Gesetze beschlossen, wo es um eine modernere, lebendigere Demokratie geht. Auch jene Gesetzesvorlagen, die wir jetzt behandeln, glaube ich, verdienen eine kurze Betrachtung. Es ist so, daß hier auch eine neue Richtung eingeschlagen wird, nämlich, daß solche Menschen, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, auch bei Wahlen, in dem Fall bei Kommunalwahlen, mitwählen dürfen.

Wir haben vor, das Eisenstädter Stadtrecht, das Ruster Stadtrecht, die Gemeindeordnung und die Gemeindegewahlordnung dem EU-Recht anzupassen.

Die Richtlinie 94/80/EG des Rates vom 19. Dezember 1994 über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechtes bei Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedsstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen, bestimmt im Artikel 3 folgendes:

- „Jede Person, die am maßgeblichen Tag
- a) Unionsbürger im Sinne von Artikel 8 Absatz 1 Unterabsatz 2 des Vertrages ist und,
 - b) ohne die Staatsangehörigkeit des Wohnsitzmitgliedsstaates zu besitzen, die Bedingungen erfüllt, an die die Rechtsvorschriften dieses Staates das aktive und das passive Wahlrecht seiner Staatsangehörigkeit knüpfen,
- besitzt das aktive und passive Wahlrecht bei den Kommunalwahlen im Wohnsitzmitgliedsstaat gemäß dieser Richtlinie.“

Weiters: Artikel 14 dieser Richtlinie bestimmt, daß die Mitgliedsstaaten die erforderlichen Rechtsvorschriften bis zum 1. Jänner 1996 zu erlassen und die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis zu setzen haben. Das sind die Vorgaben, die wir in den EU-Richtlinien lesen können. Ich glaube, daß wir gerade bei diesen Richtlinien sehen, daß wir Österreicher nicht sozusagen irgend etwas abschreiben, sondern daß auch ein wirklicher Sinn dahintersteht, derartige Richtlinien zu erfüllen.

Die Gründer der EG, der nachmaligen EU, hatten immer schon im Sinn, nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft zu gründen, sondern ich möchte das übertiteln „Eine Friedensgemeinschaft zu gründen“. Diese Friedensgemeinschaft wird dadurch erreicht, daß man in möglichst vielen Bereichen des Lebens eng zusammenarbeitet, daß man sich intensiv miteinander beschäftigt und daß somit Konflikte möglichst gar nicht erst entstehen und daß, wenn Konflikte entstehen, diese auf einer Gesprächsbasis gelöst werden und nicht, wie das noch

vor 50 Jahren der Fall war, daß es militärische Konflikte geworden sind. *(Beifall bei der ÖVP)*

Ein nicht unwesentlicher Beitrag dazu ist es, daß sich Bürger eines EU-Mitgliedsstaates jetzt aktiv und passiv an den Wahlen beteiligen dürfen, daß sie in den Gemeinden, man fängt eben in der untersten Ebene an, das finde ich richtig, mitbestimmen dürfen, daß sie in den Gemeinderat kommen können, daß sie den Gemeinderat wählen können. Das ist eine, glaube ich, gute Sache.

Ich kenne einige solcher EU-Bürger im Burgenland, die eigentlich von Urlaubern zu richtigen Burgenländern geworden sind, die nur mehr beispielsweise die Staatsbürgerschaft aus Deutschland besitzen. Diese Leute wollen mitreden und sollen das in Zukunft auch dürfen. Ich glaube, das ist eine gute Sache.

Was ich dazu vielleicht noch sagen möchte. Es wäre natürlich auch, weil mir jetzt gerade die Gemeinderatswahlen einfallen, nicht gerade schlecht, wenn auch bei den Bürgermeisterwahlen, die ja immer gleichzeitig stattfinden, diese EU-Bürger mitwählen könnten. Wir wissen aber alle, daß aufgrund unserer Bundesverfassung das noch nicht möglich ist. Wäre die Bundesverfassung schon geändert worden, hätten wir wahrscheinlich heute das auch mitbeschließen können. Hier gibt es verschiedene Meinungen. Die einen sagen: Bei Bürgermeisterwahlen sollen solche EU-Bürger nur das aktive Wahlrecht besitzen und nicht das passive Wahlrecht besitzen. Ich meinerseits würde mich dafür aussprechen, daß sie auch beide Wahlrechte sozusagen besitzen könnten, daß sie eben genauso ihren Dienst für die Gemeinde versehen könnten.

Ich glaube daher, daß diese Gesetzesänderungen, die wir heute beschließen werden, ein Beitrag zum Frieden für Europa sein können.

Wir von der ÖVP werden diesen Änderungen gerne zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident **Sipötz**: Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landtagsabgeordneter Prior.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Prior** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es gibt natürlich einen grundsätzlichen Zusammenhang zwischen den Gesetzesmaterien, die beim vorigen Punkt besprochen wurden und den Gesetzesmaterien, die jetzt zur Beschlußfassung vorliegen.

Die Gemeindegewahlordnung und die Gemeindeordnung sind in Wahrheit nichts anderes als die Verfassung für unsere Gemeinden. Hier geht es um zwei besonders wichtige Punkte, nämlich zum einen die Einbindung der EU-Bürger in das aktive und passive Wahlrecht und zum anderen aber auch eine klare Definition des Begriffes Wohnsitz.

Und wenn der Kollege Rauter meint, daß die FPÖ deswegen bei dem Wählerevidenz-Gesetz nicht mitstim-

Prior

men konnte, weil hier EU-Bürger mitberücksichtigt sind, dann muß ich schon auch darauf hinweisen, daß es auch sehr viele Österreicher gibt, die in anderen EU-Ländern seit Jahren beheimatet sind und dort auf kommunaler Ebene und auf Länderebene ihr Wahlrecht ausüben dürfen. Und genau um das geht es ja, (*Beifall der Abg. Gertrude Spieß*) daß wir auch das gleiche Recht jenen Staatsbürgern, die aus anderen EU-Ländern sich hier bei uns im Burgenland angesiedelt haben, einräumen, welches unsere Staatsbürger auch in anderen EU-Ländern haben.

Und weil hier auch eine kurze Diskussion bezüglich der Bürgerbegutachtung entstanden ist, möchte ich schon darauf hinweisen, daß es zwischen Qualität und Quantität doch einen gewaltigen Unterschied gibt. Ob uns jemand im Rahmen der Bürgerbegutachtung seine persönliche Meinung mitteilt oder ob es sich um vorgedruckte Meinungen einer Partei handelt, das muß man schon quantitativ und qualitativ unterscheiden können. Denn vorgedruckte Meinungen, die tonnenweise einlangen, können nicht die Qualität haben wie eine Meinung, die uns jeder persönlich mitteilt, um bei der Gesetzwerdung Mitberücksichtigung zu finden.

Meine Damen und Herren! Das, was heute schon bezüglich der Gemeindevahlordnung beziehungsweise bezüglich der Verfassung des Burgenlandes hier gesagt wurde, gilt im gleichen Ausmaß auch für die jetzt vorliegenden Gesetzesmaterien. Ich darf als Gemeindevertreter stolz darauf hinweisen, daß wir damals, als wir die Gemeindeordnung und die Gemeindevahlordnung vorbereitet haben und diese Persönlichkeitselemente miteingebracht haben in diese Gemeindevahlordnung, eine Vorreiterfunktion, nicht nur für die Verfassung des Burgenlandes und die Landtagswahlordnung geschaffen haben, sondern daß wir hier im Burgenland mit dieser Maßnahme auch für andere Bundesländer Vorbild gewesen sind.

Ich möchte Ihnen sagen, daß ich in den vergangenen Jahren sehr oft zu Veranstaltungen in anderen Bundesländern eingeladen worden bin, um eben auch über die Burgenländische Gemeindevahlordnung zu referieren. Einige Bundesländer sind uns gefolgt und haben ebenfalls diese Persönlichkeitselemente, die Direktwahl der Bürgermeister, jetzt bereits beschlossen und sie werden bei den nächsten Gemeinderatswahlen zur Anwendung kommen.

Ich glaube, daß wir hier tatsächlich stolz darauf sein dürfen, daß wir eines der ersten Bundesländer sind, die Tiroler waren vor uns, die diesem Aspekt und dem Bedürfnis der Wähler, der Bürger entsprochen haben und diese Persönlichkeitselemente in die Wahlrechte eingebracht haben. Ich glaube, das ist nur recht und billig, der Kollege Loos hat darauf hingewiesen, wir reden hier von momentanen 1.300 EU-Bürgern im Burgenland, denen wir das aktive und passive Wahlrecht im Rahmen der Gemeinderatswahl zugestehen wollen.

Ich glaube auch, daß hier noch ein Aspekt zu berücksichtigen sein wird. Nämlich, daß sich diese Zahl noch er-

höhen wird. Dadurch, daß das Burgenland als Ziel 1-Gebiet anerkannt worden ist, gibt es sehr viele Firmen aus dem EU-Raum, die sich im Burgenland in den nächsten Jahren ansiedeln wollen und ansiedeln werden. Und damit verbunden sein wird, daß sich mit dieser Firmenniederlassung auch ausländische EU-Bürger bei uns ansiedeln werden.

Ich glaube, wenn jemand längere Zeit in einer Gemeinde wohnhaft ist, ob er jetzt in dieser Gemeinde geboren ist oder auch aus einem EU-Land zugezogen ist, daß er auch mitbestimmen soll, wie sein Umfeld, wie seine Gemeinde aussehen soll. Er soll hier auch entsprechend mitbestimmen können. Mit diesem Gesetzesantrag, der heute vorliegt, kommen wir dieser Forderung und diesem Wunsch, aber auch dem Bedürfnis dieser Menschen tatsächlich nach.

Eine sehr wichtige Definition, die in den letzten Jahren auch sehr oft zu Streitigkeiten geführt hat und ein Streitpunkt gewesen ist, ist aber jetzt insofern ausgeräumt, als hier der ordentliche Wohnsitz nicht nur durch das Wort Wohnsitz ersetzt wird, sondern daß auch klar definiert ist, was darunter zu verstehen ist. Ich glaube auch, daß es so sein muß, daß jene Gemeindebürger, die vielleicht aufgrund dessen, daß sie in einer Großstadt arbeiten oder studieren, dann in ihrer Heimatgemeinde bei den Kommunalwahlen eben auch dieses Wahlrecht ausüben dürfen; sowohl aktiv als auch passiv.

Und eines haben diese Gesetze auch gebracht. Und zwar, daß wir jetzt nicht nur immer vor Wahlen die sogenannten Wählerverzeichnisse auflegen müssen, sondern daß wir seitens der Gemeinden gefordert sind, permanent die Wählerverzeichnisse zu führen. Ich glaube, auch das ist eine sehr positive Bestimmung, die hier in diesen Gesetzesvorlagen mitberücksichtigt wurde.

Meine Damen und Herren! Wir werden seitens unserer Fraktion auch diesen Gesetzesvorlagen die Zustimmung erteilen. (*Beifall bei der SPÖ*)

Präsident (*der den Vorsitz übernommen hat*): Es liegt keine weitere Wortmeldung vor, die Herren Berichterstatter haben das Schlußwort. Landtagsabgeordneter Mag. Gradwohl ist Berichterstatter zum 5. und 8. Punkt der Tagesordnung. Bitte Herr Abgeordneter. (*Abg. Mag. Gradwohl: Ich verzichte!*) Landtagsabgeordneter Mag. Gradwohl verzichtet auf das Schlußwort.

Landtagsabgeordneter Thomas ist Berichterstatter zum 6. und 7. Punkt der Tagesordnung. Bitte Herr Abgeordneter. (*Abg. Thomas: Ich verzichte!*)

Er verzichtet ebenfalls auf das Schlußwort, wir kommen daher zur gesonderten Abstimmung über die vier Tagesordnungspunkte.

Ich lasse zuerst über den 5. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Landesverfassungsgesetzesentwurf, Beilage 717, mit dem die Burgenländische Gemeindeordnung geändert wird (Gemeindeordnungsnovelle 1995), Zahl 16 – 466, Beilage 752.

Präsident

Da es sich bei dieser Vorlage um ein Landesverfassungsgesetz handelt, ist eine Beschlußfassung nur bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Landtages und einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen möglich.

Das Anwesenheitsquorum ist gegeben.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Landesverfassungsgesetzentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Landesverfassungsgesetzentwurf, mit dem die Burgenländische Gemeindeordnung geändert wird (Gemeindeordnungsnovelle 1995), ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen in zweiter Lesung mehrheitlich und mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Landesverfassungsgesetzentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Landesverfassungsgesetzentwurf, mit dem die Burgenländische Gemeindeordnung geändert wird (Gemeindeordnungsnovelle 1995), ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen auch in dritter Lesung mehrheitlich und mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit angenommen.

Ich lasse nun über den 6. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Landesverfassungsgesetzentwurf, Beilage 715, mit dem das Eisenstädter Stadtrecht geändert wird (Eisenstädter Stadtrechtsnovelle 1995), Zahl 16 – 464, Beilage 750.

Da es sich auch bei dieser Vorlage um ein Landesverfassungsgesetz handelt, ist eine Beschlußfassung nur bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Landtages und einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen möglich.

Das Anwesenheitsquorum ist gegeben.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Landesverfassungsgesetzentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Landesverfassungsgesetzentwurf, mit dem das Eisenstädter Stadtrecht geändert wird (Eisenstädter Stadtrechtsnovelle 1995), ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen in zweiter Lesung mehrheitlich und mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Landesverfassungsgesetzentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Landesverfassungsgesetzentwurf, mit dem das Eisenstädter Stadtrecht geändert wird (Eisenstädter Stadtrechtsnovelle 1995), ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen auch in dritter Lesung mehrheitlich und mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit angenommen.

Es folgt nun die Abstimmung über den 7. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Landesverfassungsgesetzentwurf, Beilage 716, mit dem das Ruster Stadtrecht geändert wird (Ruster Stadtrechtsnovelle 1995), Zahl 16 – 465, Beilage 751.

Da es sich bei dieser Vorlage ebenfalls um ein Landesverfassungsgesetz handelt, ist eine Beschlußfassung nur bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Landtages und einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen möglich.

Das Anwesenheitsquorum ist gegeben.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Landesverfassungsgesetzentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Landesverfassungsgesetzentwurf, mit dem das Ruster Stadtrecht geändert wird (Ruster Stadtrechtsnovelle 1995), ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen in zweiter Lesung mehrheitlich und mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Landesverfassungsgesetzentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Landesverfassungsgesetzentwurf, mit dem das Ruster Stadtrecht geändert wird (Ruster Stadtrechtsnovelle 1995), ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen auch in dritter Lesung mehrheitlich und mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit angenommen.

Ich lasse nun über den 8. Punkt der Tagesordnung abstimmen. Es ist dies der Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 718, mit dem die Gemeindewahlordnung 1992 geändert wird (Gemeindewahlordnungsnovelle 1995), Zahl 16 – 467, Beilage 753.

Präsident

Da dieser Gesetzentwurf im § 17 und im Artikel III Verfassungsbestimmungen enthält, ist eine Beschlußfassung hinsichtlich dieser Bestimmungen nur bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Landtages und einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen möglich.

Das Anwesenheitsquorum ist gegeben.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem die Gemeindewahlordnung 1992 geändert wird (Gemeindewahlordnungsnovelle 1995), ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen, hinsichtlich der Verfassungsbestimmungen im § 17 und im Artikel III mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. –

Der Gesetzentwurf, mit dem die Gemeindewahlordnung 1992 geändert wird (Gemeindewahlordnungsnovelle 1995), ist somit auch in dritter Lesung mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Änderungen mehrheitlich angenommen, hinsichtlich der Verfassungsbestimmungen im § 17 und im Artikel III mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit.